

## "Niemand hat die Absicht, einen Rahmenvertrag mit der EU einzugehen"<sup>[1]</sup>

"Am 26. Mai 2021 beschloss der Schweizer Bundesrat den Abbruch der Verhandlungen um das Rahmenabkommen.[...] Die Gründe dafür waren zum einen Unstimmigkeiten bezüglich der Personenfreizügigkeit, insbesondere die Sozialversicherungen betreffend, jedoch auch Differenzen im Lohn- und Arbeitnehmerschutz."<sup>[2]</sup>

Am 30. Januar 2024 befragte der "Nebenspalter" [NS] Nationalrat Franz Grüter [FG], ein Mitglied der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats.<sup>[3]</sup>

Ulbrichts Geist scheint wieder erwacht zu sein, dieses Mal aber bei uns.

Im folgenden Texte gebe ich ziemlich wortgetreu wieder, was Franz Grüter sagte. Die Überschrift, die gliedernden Zwischentitel, die Quellen, die Bemerkungen und die Hervorhebungen sind von mir.

### Totgesagtes lebt wieder auf

NS: Franz Grüter, sie sitzen in der aussenpolitischen Kommission<sup>[4]</sup>, die über Verhandlungen mit der EU befindet und sie befürwortet. Sie sind nicht der gleichen Meinung wie Ihre Kollegen.

FG: Nein. Es wurden 29 Anträge<sup>[5]</sup> gestellt; nur ein einziger kam durch, der Rest wurde abgewiesen. Das bedeutet, dass die Kommission die Vorschläge des Bundesrats für ein völlig einseitiges Abkommen mit der Europäischen Union sang- und klanglos akzeptiert.

NS: Die Kommission hatte aber doch ein paar Einwände oder Vorbehalte, etwa zum Lohnschutz<sup>[6]</sup> oder zur Personenfreizügigkeit<sup>[7]</sup>.

FG: Man muss sehen: **Der Bundesrat hat 2021 die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen abgebrochen.** Heute bringt er einen neuen Vorschlag, der allerdings dasselbe beinhaltet. Das ist alter Wein in neuen Schläuchen.<sup>[8]</sup>

### Alter Wein in neuen Schläuchen

Es gibt weiterhin

- eine dynamische Rechtsübernahme, also eine automatische Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz<sup>[9]</sup>;
- den europäischen Gerichtshof, der in Fragen der Rechtsauslegung das letzte Wort hat.

Das heisst: Wenn den Schweizern etwas nicht passt, was die EU will und ein Referendum oder eine Volksinitiative zustande kommen, kann "Brüssel" Strafmassnahmen, euphemistisch als "Ausgleichsmassnahmen" bezeichnet, ergreifen.<sup>[10]</sup>

### Es gibt aber auch Neues in diesem Unterwerfungsvertrag

FG: Neu sind wiederkehrende Zahlungen von mehreren Milliarden Franken der Schweiz an die Europäische Union vorgesehen.<sup>[11]</sup>

Kurz: Dieser Unterwerfungsvertrag ist nicht akzeptabel. Wir müssen ihn bekämpfen. Das ist unsere <sup>[12]</sup> Aufgabe.

### Fremde Richter?

NS: Bundesrat Cassis sagte, es gebe keine fremden Richter, sondern ein Schiedsgericht.<sup>[13]</sup>

### Ein Dokument in Englisch

FG: Man muss das 13-seitige Dokument des Bundesrats durchlesen. Es ist allerdings unverständlich, dass es bis vor knapp einer Woche davon nur eine englische Version und keine in unseren Landessprachen gab. Jetzt haben wir allerdings dafür gesorgt.

Die Aussage von Bundesrat Cassis stimmt so nicht. Es sieht so aus:

- Wenn es zwischen der EU und der Schweiz zu einer Meinungsverschiedenheit kommt, wird ein Schiedsgericht angerufen.

- Wenn es sich um eine Angelegenheit des europäischen Rechts handelt<sup>[14]</sup>, kommt der Europäische Gerichtshof<sup>[15]</sup> zum Zuge. **Dieser kann abschliessend und bindend urteilen.**<sup>[16]</sup> Dadurch entscheidet ein fremdes Gericht über die Gesetze unseres Landes, unserer direkten Demokratie, in der das Volk das letzte Wort hat. **Wir könnten sogar bestraft werden, wenn wir in einer Volksabstimmung etwas beschliessen würden, was der EU nicht passt.**<sup>[17]</sup>

NS: Weshalb wollen die meisten Mitglieder dieser Kommission ein solches Abkommen?

FG: Das ist nicht neu. Der Bundesrat und das Parlament ticken manchmal völlig anders als das Volk. Dieses muss die Fehlentscheidungen dann korrigieren. Es gibt eben Politiker, die gerne nach Brüssel gehen möchten.

### Die Hörner der Kühe

NS: Eine weitere Frage ist, ob dieser Vertrag, wenn er vor das Stimmvolk kommt, ein Volks- und ein Ständemehr benötigt.

FG: Die Entscheidung, ob die Landwirte wegen der Hörner ihrer Kühe Entschädigungen bekommen, muss sowohl vom Volke als auch von den Kantonen angenommen werden. Es braucht also ein Volks- und ein Ständemehr. Es ist deshalb

unverständlich, dass es Leute gibt, die diesen Staatsvertrag, der so tief in unsere politischen Strukturen eingreifen und viele Milliarden kosten würde, nur einem Volksmehr unterwerfen möchten. <sup>[18]</sup>

### Die Gewerkschaften

NS: Es wird eine Volksabstimmung geben. Wie zuversichtlich sind Sie, dass dieses Abkommen verworfen wird?

FG: Es wird einen harten Kampf geben. Es stellt sich die Frage, wie sich die Gewerkschaften dazu stellen. Es gibt allerdings Widerstand gegen die Liberalisierung der Bahn. Es soll den ausländischen Bahnen gestattet werden, bei uns zu verkehren, etwa den deutschen, die damit selbst grosse Probleme haben.

NS: Gehen Sie schon jetzt auf die Gewerkschaften zu oder wird das später geschehen?

FG: Im Moment ist es noch zu früh. Ich habe den Eindruck, dass im Moment versucht wird, allerdings nicht von unserer Seite, irgendwelche faulen Kompromisse zu machen, mit denen man die Gewerkschaften ins Boot holen kann. Sie sind allerdings sehr, sehr kritisch, weil sie wissen, dass zum Beispiel der Lohnschutz gefährdet wäre. Vor allem Pierre-Yves Maillard bewies bisher Rückgrat.

NS: Wird die FDP helfen?

FG: Man wird sehen. Es ist aber gut möglich, dass wir<sup>[19]</sup> den Kampf schliesslich allein ausfechten müssen. Allerdings spüre ich im Volke eine sehr hohe Skepsis gegenüber diesem geplanten Abkommen.

### Die Konsultation

NS: Was kommt als Nächstes?

FG: Im Moment findet eine Konsultation statt. Der Bundesrat holt Meinungen ein. Er scheint ab Anfang März mit Brüssel verhandeln zu wollen. Die Bundespräsidentin, Viola Amherd, verkündete am WEF, man wolle die Verhandlungen mit der EU bis im Juli abschliessen. Wenn es dann noch Unklarheiten geben sollte, könnte sie diese telefonisch mit Frau Von der Leyen besprechen. **Nur schon dass man sagt, bis wann man eine solch wichtige Verhandlung abgeschlossen haben möchte, ist verhandlungstaktisch völlig unbrauchbar.**

### Quellen und Bemerkungen

[1] Zwei Monate, bevor in Berlin die Mauer errichtet wird, dementiert der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht diese Pläne: Niemand habe die Absicht, eine Mauer zu errichten.

<https://www.swr.de/swr2/wissen/archivradio/walter-ulbricht-niemand-hat-die-absicht-eine-mauer-zu-errichten-1561961-100.html>

[2] [https://de.wikipedia.org/wiki/Rahmenabkommen\\_EU-Schweiz#:~:text=Am%2026.,Differenzen%20im%20Lohn%2D%20und%20Arbeitnehmerschutz.](https://de.wikipedia.org/wiki/Rahmenabkommen_EU-Schweiz#:~:text=Am%2026.,Differenzen%20im%20Lohn%2D%20und%20Arbeitnehmerschutz.)

[3] <https://www.youtube.com/watch?v=Oa31TN9-KMc>

[4] Aussenpolitische Kommission des Nationalrats

Wehrli Laurent, FDP-Liberale Fraktion (RL)

Arslan Sibel, Grüne Fraktion (G)

Badertscher Christine, Grüne Fraktion (G)

Büchel Roland Rino, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Bulliard-Marbach Christine, Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. (M-E)

Calame Didier, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Fehlmann Rielle Laurence, Sozialdemokratische Fraktion (S)

Friedl Claudia, Sozialdemokratische Fraktion (S)

Gredig Corina, Grünliberale Fraktion (GL)

Grüter Franz, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Gugger Niklaus-Samuel, Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. (M-E)

Haab Martin, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Marchesi Piero, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Michel Simon, FDP-Liberale Fraktion (RL)

Molina Fabian, Sozialdemokratische Fraktion (S)

Nussbaumer Eric, Sozialdemokratische Fraktion (S)

Page Pierre-André, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Pfister Gerhard, Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. (M-E)

Portmann Hans-Peter, FDP-Liberale Fraktion (RL)

Reimann Lukas, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Rüegger Monika, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Rumy Farah, Sozialdemokratische Fraktion (S)

Schneider-Schneiter Elisabeth, Die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP. (M-E)

Vontobel Erich, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (V)

Walder Nicolas, Grüne Fraktion (G)

[5] Anscheinend Anträge für Änderungen.

[6] Lohnschutz und Service public sichern <https://www.sgb.ch/themen/arbeit/detail/lohnenschutz-und-service-public-sichern>

[7] Die Personenfreizügigkeit ist ein Abkommen zwischen der EU und der Schweiz und Teil der Bilateralen I. Dadurch erhalten Bürger der Schweiz und der EU grundsätzlich das Recht, überall innerhalb der Schweiz und der EU zu arbeiten und zu leben.

[8] Das Zitat geht auf die Wendung in der Bibel nach Matthäus 9,17 zurück: "Auch gießt man nicht neuen Wein in alte Schläuche. Sonst zerreißen die Schläuche, der Wein wird verschüttet, und die Schläuche sind verdorben."[...] Die Redewendung existiert in einer Vielzahl von Abwandlungen, auch in der hier gegebenen: "Alter Wein in neuen Schläuchen".

[https://de.wiktionary.org/wiki/alter\\_Wein\\_in\\_neuen\\_Schl%C3%A4uchen#:~:text=Bedeutungen%3A,neuen%20Wein%20in%20alte%20Schl%C3%A4uche](https://de.wiktionary.org/wiki/alter_Wein_in_neuen_Schl%C3%A4uchen#:~:text=Bedeutungen%3A,neuen%20Wein%20in%20alte%20Schl%C3%A4uche).

Franz Grüter will damit wahrscheinlich sagen: Alter und saurer Wein wird auch in neuen Schläuchen nicht trinkbar.

[9] Das bedeutet: Die Schweiz kann nicht darüber abstimmen lassen.

[10] Abgesehen davon, ist das Resultat der Abstimmung natürlich nicht gültig.

[11] Bisher gab es sogenannte Kohäsionszahlungen, die von Fall zu Fall bewilligt wurden.

[12] Die Aufgabe der echten Volksvertreter.

[13] BR Cassis, keine fremden Richter. Die Angabe der Quelle ist nicht verständlich.

[14] Man kann sich leicht vorstellen, dass sich sehr Vieles unter dem "europäischen Rechte" versammeln lässt.

[15] Europäischer Gerichtshof Luxemburg

[16] Dieses Urteil kann anscheinend auch nicht angefochten werden.

[17] Über die Art und die Höhe einer möglichen Strafe steht nichts im Papier des Bundesrats. Das Dokument: Gemeinsame Verständigung (Inoffizielle Übersetzung, der Originaltext auf Englisch ist massgebend) (PDF, 14 Seiten, 474.8 kB, Deutsch)

<https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das->

[eda/aktuell/newsuebersicht/2023/europa.html#:~:text=Europ%C3%A4ischen%20Union%20\(EU\)-,Der%20Bundesrat%20genehmigt%20den%20Entwurf%20eines%20Mandats%20f%C3%BCr%20Verhandlungen%20mit,Die%20Leitlinien%20f%C3%BCr%20die%20Verhandlungen](https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/newsuebersicht/2023/europa.html#:~:text=Europ%C3%A4ischen%20Union%20(EU)-,Der%20Bundesrat%20genehmigt%20den%20Entwurf%20eines%20Mandats%20f%C3%BCr%20Verhandlungen%20mit,Die%20Leitlinien%20f%C3%BCr%20die%20Verhandlungen).

14 Mal heisst es darin zum Beispiel: „Die Europäische Kommission und die Schweiz teilen...“. Das heisst: Die „Schweiz“ und die EU sind sich schon ziemlich einig; allerdings besteht diese „Schweiz“ vorerst einmal aus dem Bundesrat und der APK des Nationalrats. Ich muss noch herausfinden, wie der Ständerat tickt.

[18] Ihre Absicht ist durchschaubar. In den bevölkerungsreichen Kantonen ist der Wunsch, sich der EU zu unterwerfen, deutlicher spürbarer als in den übrigen.

[19] die Schweizerische Volkspartei